

Alternative für Deutschland (AfD)

Alternative für Deutschland

Parteivorsitzende	Konrad Adam, Frauke Petry, Bernd Lucke
Schatzmeister	Norbert Stenzel
Gründung	06. Februar 2013, Berlin
Hauptsitz	Schillstraße 9, 10785 Berlin
Mitglieder	ca. 15.000
Webadresse	www.alternative.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	1
2 Debatte um Einordnung im politischen Spektrum	1
3 Finanzierung	2
4 Bundestagswahl 2013	2
5 Mitglieder und Unterstützer	2
5.1 Hans-Olaf Henkel	3
5.2 Joachim Starbatty	3
5.3 Norbert Stenzel	3
5.4 Beatrix von Storch	3
6 Einzelnachweise	3

Kurzdarstellung

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) stellt das Thema der "geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes" in den Mittelpunkt. Selten hat eine Parteieugründung so viel Medienaufsehen erregt, wie im Fall der AfD. Sie fordert eine Änderung der europäischen Verträge, sodass ein Austritt aus der Eurozone möglich wird, bejaht aber ein "Europa der souveränen Staaten". Die Partei tritt für Volksabstimmungen nach dem Schweizer Vorbild ein und fordert "eine Neuordnung des Einwanderungsrechts": Deutschland brauche qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung.^[1] Im politischen Spektrum wird die AfD als konservativ eingeordnet, während andere auch Parallelen zu rechtspopulistischen Parteien sehen.^[2] Ihre Mitglieder kommen zu einem großen Teil aus dem bürgerlichen Lager.^[3]

Vorlage:Stimmzettelaktion2013-Box

Debatte um Einordnung im politischen Spektrum

Die Partei ordnet sich selbst keinem politischen Lager zu. Als Protestpartei ist die AfD Berichten zufolge auch "Auffanglager für Extremisten".^[4] Der Soziologe Andreas Kemper findet homophobe und demokratiefeindliche Tendenzen in der Partei: Der wissenschaftliche Berater der AfD Roland Vaubel spreche sich für eine 'unternehmerfreundlichere Demokratie' aus, die auf Lasten finanziell schwacher Kreise gehe.

Und Beatrix von Storch kämpfe mit der [Zivilen Koalition](#) gegen die 'Minderheiten-Lobby', also Schwule und Lesben.^[5] Die AfD wehrt sich regelmäßig gegen Zuspruch aus der rechten Szene und nimmt generell keine ehemaligen Mitglieder von [NPD](#) und [DVU](#) auf. Ganz ausschließen kann Vorstandsmitglied Bernd Lucke die Unterwanderung aber nicht: "Es ist besser, die Wähler wählen AfD anstatt NPD".^[6] Zu kämpfen hat die AfD mit Behinderungen und Gewaltandrohungen im Wahlkampf. Die Fälle mehren sich, in denen linksautonome Gruppierungen und auch die Grüne Jugend in Göttingen und Berlin die AfD-Kampagnen behinderten.^[7]

Finanzierung

Die AfD finanziert sich bisher ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Ob sie zukünftig von Mitteln von Bund und Ländern profitiert, hängt vom Wahlergebnis ab. Das Wahlergebnis und die selbst eingeworbenen Mittel sind Maßstäbe für die Berechnung der Parteienfinanzierung. So wirbt unter anderem AfD-Mitglied Jens Eckleben für Unterstützung: "Abgesehen davon, daß wir noch keine Gelder aus der Parteienfinanzierung bekommen, werden zukünftig die Gelder maßgeblich von den durch die Partei jetzt eingeworbenen Spenden abhängen."^[8]

Genaue Zahlen sind nicht bekannt. Bis Ende April 2013 soll die Partei rund 600.000 Euro aus Mitgliedsbeiträgen eingenommen haben. Die größte Privatspende beziffert Schatzmeister Stenzel auf 5000 Euro.^[9]

Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) auch einen Teil der nicht im Bundestag vertretenen Parteien auf lobbykritische Positionen untersucht. Was sagen sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[10]

- Partei und Wahlprogramm: Hier das [Bundestagswahlprogramm 2013](#).
- Verpflichtendes Lobbyregister: Es gibt keine Aussage im Wahlprogramm.
- Karenzzeiten für ausscheidende Spitzenpolitiker: Es gibt keine Aussage im Wahlprogramm.
- Transparente Nebeneinkünfte: Das Mandat „darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden.“ (S. 2 im Wahlprogramm)
- Mehr Transparenz und Schranken bei der Parteienfinanzierung: Es gibt keine Aussage im Wahlprogramm.

Mitglieder und Unterstützer

Da die Partei bisher in keinem Parlament vertreten ist, kann sie keinen direkten Einfluss auf Gesetzesinitiativen ausüben und befindet sich nicht im Fokus des Interesses von Lobbyisten und Verbänden. Trotzdem gibt es Personalien in der AfD, die besondere Nähe zu Unternehmen aufweisen, oder als Parteiüberläufer Konfliktpotential bergen.

Hans-Olaf Henkel

Hans-Olaf Henkel ist kein Mitglied der AfD, unterstützt diese aber im Wahlkampf.^[11] Er ist ehemaliger Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) (1995-2000). Henkel ist Mitglied der Aufsichtsräte von [Bayer AG](#) (Leverkusen), [Continental AG](#) (Hannover), [Daimler](#) Luft- und Raumfahrt AG (München), [SMS GmbH](#) (Düsseldorf), [Ringier AG](#) (Zofingen/Schweiz) und [Heliad Equity Partners](#) (Frankfurt /Zürich).^[12]

Joachim Starbatty

[Joachim Starbatty](#) ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre mit Verbindungen in wirtschaftsliberale Netzwerke. Der EU-Kritiker klagte erfolglos vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Griechenland-Hilfen und den Euro-Rettungsschirm. Starbatty ist Mitbegründer der AfD und Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#).

Norbert Stenzel

Kritik wird besonders um die vielen Überläufer von anderen Parteien laut. Hervorzuheben ist hier der Fall Stenzel. Norbert Stenzel ist ehemaliges Mitglied des CDU-Wirtschaftsbeirats und brüstete sich, aus seiner damaligen Zeit in der CDU ein "dickes Adressbuch" mit zur AfD zu nehmen. Diese Aussage bezog sich auf die Frage, wie die AfD sich langfristig finanzieren wolle. Die CDU bezichtigte ihn darauf des Datenklaus.^[9]

Beatrix von Storch

[Beatrix von Storch](#) ist Direktkandidatin für Berlin Mitte. Mit ihrem Ehemann [Sven von Storch](#) leitet sie Internetplattformen wie [Abgeordneten-Check.de](#) oder [FreieWelt.net](#) und gilt als eine der einflussreichsten Euro-Kritikerinnen.^[13]

Einzelnachweise

1. ↑ [Wahlprogramm AfD 2013](#), Website Alternative für Deutschland, abgerufen am 16. August 2013
2. ↑ [Euro-Kritiker: Konservativ, liberal, rechts - wohin steuert die AfD?](#), Handelsblatt online, 28.06.2013, abgerufen am 16.08.2013
3. ↑ [Besserwissender Professor](#), Süddeutsche online, 16.04.2013, abgerufen am 16.08.2013
4. ↑ [Fragwürdiges Personal bei der AfD](#), TAZ online, 13.08.2013, abgerufen am 20.08.2013
5. ↑ [Soziologe Andreas Kemper: "AfD hat demokratiefeindliche und homophobe Tendenzen"](#), Focus online, 21.07.2013, abgerufen am 20. August 2013
6. ↑ [Wahlkampf: AfD-Chef will NPD-Wähler gewinnen](#), Handelsblatt.com, 15.05.2013, abgerufen am 20. August 2013
7. ↑ [Gewaltandrohungen: AfD braucht im Wahlkampf Polizeischutz](#), Die Welt online, 20.08.2013, abgerufen am 20. August 2013
8. ↑ [Warum die AfD Spenden braucht](#), Jens Eckleben auf Google+, 06.05.2013, abgerufen am 19. August 2013

9. ↑ ^{9,09,1} [Zur Finanzierung ihres Wahlkampfs will die neue Anti-Euro-Partei "Alternative für Deutschland" Kontaktlisten von CDU-nahen Organisationen nutzen](#), Spiegel online, 21.04.2013, abgerufen am 13.08.2013
10. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
11. ↑ [Hans-Olaf Henkel für die AfD im Hofbräukeller Heimspiel für die "Alternative für Deutschland"](#), Abendzeitung München online, 10.07.2013, abgerufen am 19. August 2013
12. ↑ [Hans-Olaf Henkel](#), Wikipedia, abgerufen am 19. August 2013
13. ↑ [AfD-Kandidatin Beatrix von Storch: Ihr Hauptberuf ist Protest](#), Cicero online, 12.06.2013, abgerufen am 20. August 2013